

FPÖ unter Druck: Innenministerium im Visier und Corona-Ausschuss gekippt!

Die FPÖ plant einen U-Ausschuss zur Untersuchung von Unregelmäßigkeiten im Innenministerium und den Corona-Maßnahmen.

Die politische Landschaft in Österreich wird aktuell von der FPÖ und ihrer Ankündigung, das Innenministerium zu untersuchen, dominiert. **Vienna.at** berichtet, dass der Nationalratsklub der FPÖ zahlreiche Unregelmäßigkeiten im Innenministerium vermutet. Dieser Schritt erfolgt in dem Bestreben, einen „tiefen schwarzen Staat“ im Ministerium zu beleuchten. Insbesondere spekulieren einige Beobachter, dass der Untersuchungsausschuss auch die Causa des verstorbenen Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek einschließen könnte. Der interne Entscheidungsprozess über die genauen Untersuchungspunkte ist fast abgeschlossen.

Ein weiterer brisanter Aspekt ist die Diskussion um die Corona-Maßnahmen der letzten Bundesregierung. Die FPÖ zeigte zunächst Interesse an einer eingehenden Untersuchung dieser Maßnahmen. Doch wie **OTS** berichtet, plant die FPÖ letztendlich keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, was von der MFG Österreich kritisch betrachtet wird. Diese denkt, dass die FPÖ ihre Versprechen, als Aufdeckerpartei zu auftreten, nun bricht. Manuel Krautgartner von der MFG wies darauf hin, dass der Rückzug der FPÖ aus der Verantwortung auf politisches Kalkül zurückzuführen sei.

Politische Fragestellungen und Kritik

Die Entscheidung der FPÖ wurde auch von anderen Politikern scharf kritisiert. Joachim Aigner, ebenfalls von der MFG, machte deutlich, dass ein U-Ausschuss umfassende Befugnisse hat, die eine Kommission nicht erreichen könne. Dagmar Häusler, ebenfalls aus den Reihen der MFG, sieht den Rückzieher der FPÖ als Konsequenz von Ängsten bezüglich möglicher Regierungsverhandlungen. Der MFG liegt daran, mehr Transparenz und Verantwortungsübernahme einzufordern, insbesondere in Bezug auf die Corona-Maßnahmen, von denen sie glauben, dass die ÖVP profitiert hat.

Zusätzlich zeigt die FPÖ einen Kurswechsel in weiteren wichtigen politischen Themen. So versprach die Partei die Abschaffung der CO₂-Steuer, rudert jedoch nur zurück, indem sie den Klimabonus streicht. Auch hinsichtlich des Themas Sky Shield herrscht Unklarheit über die Position der FPÖ in den laufenden Regierungsverhandlungen.

Perspektiven der MFG

Am 5. Februar 2025 plant die MFG eine Pressekonferenz, um die gebrochenen Versprechen der FPÖ zu thematisieren und die Notwendigkeit einer echten Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen herauszustellen. **Krone.at** bietet hierzu weitere Informationen, die dazu beitragen könnten, das Bild über die FPÖ und ihre Entscheidungen in der Bevölkerung zu schärfen.

Die Entwicklungen rund um die FPÖ und ihre geplante Untersuchung des Innenministeriums sowie ihre Kontroversen hinsichtlich der Corona-Aufarbeitung werden weiterhin genau verfolgt und könnten weitreichende Konsequenzen für die politische Landschaft in Österreich haben.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at